Ä30 Grün denken, vor Ort handeln.

Antragsteller*in: LAG Demokratie & Recht
Beschlussdatum: 03.10.2023

Änderungsantrag zu A1

Von Zeile 67 bis 68 einfügen:
besonders fördern, die Neubürger*innen aufnehmen und sie in ihrem Ankommen unterstützen. Die Alternative sind aussterbende Orte.

Zu lebendigen Orten gehört auch eine vielfältige politische Teilhabe. Etabliert ist in unserer kommunalen Demokratie die politische Mitwirkung und Teilhabe über Vertretungen (repräsentativ), und über Bürger*innenbegehren bzw. -entscheide (direkt). Wir wollen auf kommunaler Ebene zur politischen Beteiligung ergänzend beratende Bürger*innenräte ermöglichen. In diesen gelosten Gremien beraten Menschen themenbezogen als die Expert*innen für ihre Lebensrealitäten die entsprechenden Vertretungen. Daraus entstehende Handlungsempfehlungen sind parteiübergreifend, lebensnah und sachorientiert. Sie dienen der weiteren Verwendung in repräsentativer oder direkt-demokratischer Teilhabe mit Abstimmungsverfahren.

Begründung

Eine Stärkung der politischen Teilhabemöglichkeiten vor Ort findet sich im aktuellen Entwurf kaum wieder. Bürger*innenRäte können gerade auf kommunaler Ebene als Instrument eingesetzt werden, um Bürger*innen in Entscheidungsprozesse aufzunehmen.

Für eine weitere Begründung siehe unseren LAG Antrag A2.